

von der Unterstützung der Staaten der Europäischen Gemeinschaft. Nach Einschätzung ausländischer Experten, ist derzeit nicht mit einer Zustimmung der USA zu rechnen, deren Defizit im Handel mit China nach amerikanischen Berechnungen im letzten Jahre rund 13 Mrd. US\$ (einschließlich der Reexporte über Hongkong) betragen haben soll. (SCMP, 15.2.92; IHT, 15./16.2. u. 2.3.92) Mit dem Abbau des Lizenzsystems will China auch der Drohung der USA begegnen, die Handelsanktionen angedroht haben, falls bis zum Herbst bestehende Importbarrieren nicht beseitigt wären. (HB, 3.3.92) -schü-

\*(27)

### Zunehmende Bedeutung der Auslandsunternehmen und der ländlichen Industrie für den Export

Der Anteil der Unternehmen mit ausländischem Kapital am gesamten chinesischen Export erhöhte sich 1991 auf 16,7% gegenüber 12,6% im Jahre 1990; der Exportwert stieg von rd. 10 Mrd.US\$ auf rd. 12 Mrd.US\$. Die Zuwachsrate der Exporte war mit einem Anstieg um 54,2% deutlich höher als die Wachstumsrate der gesamten Exporte in Höhe von 15,8%.

In den letzten Jahren hat sich dieser Entwicklungstrend mit der Zunahme der sino-australischen Joint Ventures und Unternehmen im ausländischen Kapitalbesitz schrittweise durchgesetzt. Zu den wichtigsten Exportgütern dieser Unternehmen zählen elektrische Geräte, Textilien, Bekleidung, Schuhe, Spielzeug, Koffer sowie aquatische Produkte. Der größte Exportanteil entfiel mit 28,8% bzw. 4,06 Mrd.US\$ auf elektrische Geräte, gefolgt von Textilien und Bekleidung in Höhe von 16,6% bzw. 3,34 Mrd. US\$.

Auf die Unternehmen mit ausländischem Kapital entfielen bereits in folgenden Bereichen relativ hohe Exportanteile: Der Anteil der Schuhexporte an den Gesamtexporten betrug rd. 50% bzw. 1,42 Mrd.US\$; der Anteil der Kofferexporte machte 44% bzw. 220 Mio.US\$ aus; von den gesamten Spielzeugexporten und Exporten aquatischer Produkte belief sich der Anteil dieser Unternehmen auf jeweils 20% bzw. 390 Mio.US\$ und 200 Mio.US\$.

Die größten Exportmärkte dieser Unternehmen waren Hongkong, Japan, die USA sowie die EG. (CD, 20.1.92)

Noch höher als der Anteil der Auslandsunternehmen am Export ist der Beitrag der insgesamt 56.700 ländlichen Industrieunternehmen auf Gemeindeebene. Im letzten Jahr erreichten ihre Exporte einen Wert von 17 Mrd. Yuan bzw. 25% am gesamten Export.

In diesen Unternehmen erfolgt seit den letzten Jahren bereits ein Strukturwandel insoweit, als die zunächst überwiegende arbeitsintensive Herstellung von einfachen Produkten zunehmend in eine technologieintensive mit anspruchsvollen Produkten verändert wurde. Der Beitrag dieser Unternehmen am Export von Bekleidung, kunsthandwerklichen Produkten und anderen leichtindustriellen Produktion soll bereits relativ hoch sein.

Ein zunehmender Anteil dieser Gemeindeunternehmen soll nicht nur für den Export arbeiten, sondern bereits im Ausland Fertigungsstätten eröffnet haben. Insgesamt gründeten 16 Gemeindeunternehmen im Ausland Fabriken, und 7.000 Unternehmen sollen in sino-australischen Joint Ventures und anderen Kooperationsunternehmen mit einem ausländischen Kapitalanteil von 3,4 Mrd. Yuan engagiert sein. (XNA, 19.1.92) -schü-

\*(28)

### Weitere Schritte zur Konvertibilität der Währung

Nachdem die chinesische Währung im April und November 1991 um insgesamt 3,1% abgewertet wurde, erfolgten im Januar und Februar 1992 weitere kleine Devaluierungsschritte. Insgesamt hat sich damit der Wechselkurs gegenüber dem US\$ von April 1991 bis Mitte Februar 1992 von 5,2090 RMB Yuan für 1 US\$ auf 5,4563 RMB Yuan verändert. (ASWJ, 17./18.1.92; 14./15.2.92)

Mit dieser Entwicklung nähert sich der offizielle Devisenkurs immer mehr dem auf den Devisen-Swapzentren durch Angebot und Nachfrage gebildeten Wert der Währung von derzeit 5,90 RMB Yuan für 1 US\$ an. (HB, 18.2.92)

Nach Aussagen des chinesischen Ministers für Wirtschaftsbeziehungen und Handel mit dem Ausland (Mofert), Li Lanqing, ist eine weitere schrittweise

Anpassung des Wechselkurses und ein schrittweiser Übergang zu einem einheitlichen System von Wechselkursen bis zur freien Konvertibilität vorgesehen. Dies würde auch bedeuten, daß China die für Ausländer bestimmte Sonderwährung FEC (Foreign Exchange Certificates) abschafft. Ausländische Experten rechnen mit einer Abwertung bis auf das Niveau des Umtauschkurses auf den Swapzentren bis Ende dieses Jahres. (NZZ, 23.1.92; ASWJ, 20.1.92)

Den Devisen-Swapzentren wird eine stabilisierende Funktion in diesem Prozeß nachgesagt. Insgesamt erhöhte sich der Devisenumsatz auf den Swapzentren um schätzungsweise 60% im Jahre 1991 und soll bereits rund 20 Mrd.US\$ betragen haben. [Transaktionsvolumen im 1.Halbjahr 8,75 Mrd.US\$; CD, 12.8.91]

Diese Entwicklung ist auf die steigenden Deviseneinnahmen aus dem Export zurückzuführen, die von chinesischen und sino-australischen Joint Ventures auf den Swapzentren gehandelt werden können. Der Anteil der Auslandsunternehmen und Joint Ventures am Umsatz der Swapzentren betrug 1990 rund 25% und wird auf 30% im Jahre 1991 geschätzt. (HB, 18.2.92) -schü-

---

## Binnenwirtschaft

---

\*(29)

### Erste Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 1991

Ende Januar 1991 veröffentlichte das Staatliche Statisteamt einen Bericht zur wirtschaftlichen Entwicklung im vorangegangenen Jahr. Im folgenden werden auszugsweise die im Bericht analysierten Veränderungen der wichtigsten volkswirtschaftlichen Indikatoren und weiter bestehende Probleme dargestellt.

#### 1. Veränderung wirtschaftlicher Grunddaten und Strukturanpassung

- Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage und das Angebot werden als im wesentlichen ausgeglichen dargestellt; die Gesamtnachfrage überstieg das Angebot um 4%.

- Die Wachstumsrate des Brutto-sozialprodukts betrug 1991 unter Berücksichtigung von Preisveränderungen 7%.
  - Der industrielle Bruttoproduktionswert einschließlich der Industriebetriebe auf Dorfebene erhöhte sich um 14%.
  - Der Getreideoutput stieg 1991 auf 435,3 Mio.t. Dies stellt einen Rückgang um 11 Mio.t Getreide bzw. um 2,5% gegenüber 1990 dar. Der Baumwolloutput stieg um 5 Mio.t (1990: 4,51 Mio.t) die Produktion von Ölpflanzen erreichte mit 15,93 Mio.t (1990: 16,13 Mio.t) ungefähr das Vorjahresniveau.
  - Mit einer Erhöhung der Fleischproduktion (Schweine-, Rind- und Schaffleisch) auf 26,39 Mio.t wurde ein Zuwachs um 5% gegenüber dem Vorjahr erreicht. Der Output von Meeresprodukten nahm um 7% auf 13,2 Mio. t zu.
  - Insgesamt stieg der landwirtschaftliche Bruttoproduktionswert um 3% gegenüber dem Vorjahr.
  - Der Umfang der Anlageinvestitionen erhöhte sich im letzten Jahr auf insgesamt 520 Mrd. Yuan, ein Anstieg um 16,9%.
  - Der nominale Einzelhandelsumsatz nahm im letzten Jahr um 13,2% auf 939,8 Mrd.Yuan zu; unter Berücksichtigung der Preissteigerungen betrug der Einzelhandelsumsatz 9,9%. Eine starke Nachfrage herrschte auf dem Markt für Produktionsmaterialien. Der Marktumsatz erhöhte sich hier um 24,5% auf 312,9 Mrd. Yuan. Der Zuwachs des städtischen Einzelhandelsumsatzes war mit einem Anstieg von 16,1% deutlich größer als der ländliche, der um 10,4% zunahm.
  - Die Außenhandelsposition verbesserte sich weiter mit einer Steigerung der Exporte um 15,8% auf 71,9 Mrd.US\$ und einem Anstieg der Importe um 19,5% auf 63,8 Mrd.US\$.
  - Die Pro-Kopf-Einkommen der städtischen Einwohner verbesserten sich nach Abzug der Preissteigerung um 8% und betragen 1.570 Yuan. Das Pro-Kopf-Nettoeinkommen der Bauern nahm um 2% auf 710 Yuan zu.
  - Die Industriestruktur wird als verbessert dargestellt. Die Zuwachsrate der industriellen Produktion der Betriebe im staatlichen Eigentum sowie der großen und mittleren Unternehmen [auch staatliche Unternehmen] erhöhte sich um 8,4% und 9,2%. Der Anteil der Betriebe im staatlichen Eigentum am zusätzlich erwirtschafteten industriellen Bruttoproduktionswert betrug 43,2%, dies sind 10,6% mehr als im vorangegangenen Jahr. Nach unvollständigen Statistiken wurden dem Bereich nach 1991 über 1.000 Unternehmen [keine Angabe, ob dies nur staatliche Unternehmen betraf] geschlossen oder fusioniert.
  - Mit einer Erhöhung der Investitionssumme der Einheiten im staatlichen Eigentum in die Bereiche Landwirtschaft, Rohstoffindustrie, Transport sowie Telekommunikation von 33,1% auf 35,2% habe sich die Investitionsstruktur verbessert. Die Investitionen in die technologische Erneuerung sahen 1991 eine Steigerung um 17,1% gegenüber 1990. Von diesen Investitionen wurden 29,6% (1990: 27,1%) für Qualitätsverbesserung, Erhöhung der Produktvielfalt und Energieeinsparung verwendet, während der Anteil der Investitionen für die Produktionsausweitung von 35,2% im Jahre 1990 auf 31% im Jahre 1991 reduziert wurde.
  - Als positive Entwicklung wird auch der Anstieg der Bankeinlagen gesehen, die 1991 die Kredite um 34,1 Mrd. Yuan überstiegen. Die Kreditstruktur veränderte sich insoweit, als im letzten Jahr der Anstieg der Kredite für Umlaufkapital von 74% im Jahre 1990 auf 63,7% zurückging. Dagegen nahmen die Kredite für Anlageinvestitionen von vordem 14,4% auf 24,4% zu. Die Geldmenge wurde entsprechend der wirtschaftlichen Entwicklung erhöht.
  - Insgesamt spricht das Statistikamt von relativ guten Reformerfolgen im Jahre 1991, vor allem bei der Preisreform, insbesondere über die Anpassung der Preise von Rohöl und weiterverarbeiteten Erdöl, von Stahl und Getreide sowie von Eisenbahntarifen sowie bei der Außenhandelsreform. So seien den Außenhandelsgesellschaften die Verantwortung für Gewinn und Verlust übertragen und Wechselkursanpassungen durchgeführt worden. Neben der Weiterführung von Reformen im Unternehmensbereich und der Verbesserung des an den Output gebundenen Vertragssystems der landwirtschaftlichen Haushalte seien auch erste Schritte zur Reform des Wohnungs-, Arbeits- und Lohnsystems sowie des sozialen Versorgung- und Gesundheitssystems erfolgt. Außerdem wären Wertpapiermärkte auf einer experimentellen Basis eröffnet worden. Allerdings würden den Reformerfolgen noch eine Reihe von Problemen gegenüberstehen. Hierzu zählten die nur langsame strukturelle Anpassung, eine weiterhin geringe wirtschaftliche Effizienz und die Zunahme der finanzwirtschaftlichen Probleme.
2. *Probleme der makroökonomischen Entscheidungen und Verwaltung*
- Obwohl die Wachstumsrate der wirtschaftlichen Entwicklung etwas zu hoch gewesen sei im Jahre 1991, könne nicht von einer Überhitzung, sondern nur von einer Erholung der Wirtschaft gesprochen werden. So sei die Angebots- und Nachfragesituation im wesentlichen ausgeglichen gewesen, und die Preise hätten sich lediglich um 3% [Einzelhandelspreisindex] erhöht.
  - Zwar sei ein latenter Inflationsdruck vorhanden, doch werde sich dieser der Einschätzung des Statistikamtes nach kurzfristig jedoch nicht zu einer Gefahr entwickeln. Insgesamt stiegen die Bankkredite im Jahre 1991 um 289,5 Mrd. Yuan, und das Geldangebot erhöhte sich um 26,8% [1990: 27,9%]. Diese Entwicklung weise zwar auf einen gestiegenen Inflationsdruck hin, doch würden einige Gründe gegen eine ernste Inflationsgefahr sprechen:
    1. Nach der Erholung des Wirtschaftswachstum, sei mit einer Steigerung des Angebots zu rechnen und des grundsätzlichen Ausgleichs von Angebot und Nachfrage.
    2. Ein Teil der zusätzlichen Kredite würde in Reserve für die Produktion, in zusätzliches Anlagevermögen und in Fertigprodukte umgewandelt.

3. Derzeit seien Preissteigerungen durch die Anpassung der Preisstruktur beeinflusst und weniger durch die Nachfrage.
4. Da sich die Konsumnachfrage der städtischen Bevölkerung noch nicht stark erhöht habe und die Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung beschränkt sei, würde sich auch der Preisanstieg in Grenzen halten.

Allerdings sei die Inflationsgefahr nicht zu unterschätzen. So würde der Anstieg der Produktionskosten zu Preiserhöhungen führen; Produktionskosten stiegen im letzten Jahr um 5,2% (1990: 7%). Außerdem seien Preissteigerungen vor allem in den Großstädten besonders hoch gewesen; die Lebenshaltungskosten in den 35 größten Städten nahmen um 1991 um 8% zu.

- Als großes Problem gilt dem Bericht nach auch die gleichzeitige Existenz von Wirtschaftsentwicklung und finanziellen Schwierigkeiten.

Allerdings sei die Verschlechterung der finanziellen Position nicht Ausdruck einer negativen wirtschaftlichen Entwicklung, da die Zunahme der Finanzprobleme in eine Phase des stetigen Wirtschaftswachstum falle.

Außerdem habe sich die Struktur des Finanzmittel verändert und die Bedeutung des Staatshaushalt sei gesunken. Insgesamt sei der Anteil des Staatshaushalts an den gesamten Finanzeinnahmen von 68,1% im Jahre 1978 auf 32,6% im Jahre 1990 zurückgegangen, während sich gleichzeitig der Anteil des außerbudgetären Fonds auf 31,4% und des Kreditfonds auf 36% erhöht habe.

Auch der Einfluß der verschiedenen Wirtschaftssektoren auf die wirtschaftliche Entwicklung und die Einnahmen habe sich wesentlich verändert. So habe die Industrie in den 80er Jahre ein durchschnittliches Wachstum von 12,6% jährlich realisieren können. Ein Anteil von 63,2% an diesem Wachstum sei von der nicht-staatlichen Industrie erbracht worden, die jedoch nicht entsprechende Abgaben an den Zentralhaushalt leistete, weil sie besondere Steuerpräferenzen erhalten hatte. Im Jahre 1990 beispielsweise

trug die nicht-staatliche Industrie zu 45,4% zum gesamten Outputwert bei, während ihr Anteil an den Einnahmen des Staatshaushalts lediglich 25% ausmachte. Zur Verschlechterung der Situation des Staatshaushalts hätten weiterhin auch die Verluste machenden staatlichen Unternehmen beigetragen.

- Obwohl die Verschlechterung der Wirtschaftsergebnisse gestoppt worden sei, könne dem Statistikamt nach noch nicht von einer grundsätzlichen Trendwende gesprochen werden.

Zwar hätten sich die wirtschaftlichen Ergebnisse mit einer Steigerung des Pro-Kopf-Bruttosozialprodukts um 4,5% und des Pro-Kopf-Nationaleinkommens um 4% in den letzten zwei Jahren verbessert. Auch seien ab Mitte 1991 die Verluste der Staatsbetriebe zurückgegangen, und die Unternehmen hätten ihre Gewinne und Steuern um 8% gegenüber dem Vergleichszeitraum erhöhen und ihre Produktivität um 7,4% verbessern können. Insgesamt jedoch würden noch 29,7% der staatlichen Unternehmen Verluste machen, und die Verluste seien noch um 10,6% gestiegen. Auch die Gewinne der Unternehmen hätten sich gegenüber 1990 nochmals um 14,2% reduziert.

Die niedrigen Gewinne der Unternehmen seien eine Folge des Produktionskostenanstiegs, der aufgrund von Marktrestriktionen nicht über eine Erhöhung der Produktpreise hätte kompensiert werden können. Statt dessen seien die Unternehmen aufgrund ihrer hohen Lagerbestände gezwungen gewesen, ihre Produktpreise zu senken. Die schlechten wirtschaftlichen Ergebnisse der Unternehmen werden dem Bericht nach als Ergebnis der unvollkommenen Wirtschaftsstruktur und der -mechanismen gesehen, die weitergehende Reformen notwendig machten.

(RMRB, 20.1.92; SWB, 26.2.92) -schü-

\*(30)

#### Entwicklung des Energiesektors 1991

Nach vorläufigen Angaben konnte die Energiewirtschaft im letzten Jahr aufgrund der niedrigen Produktionszuwächse der Energiegrundstoffe nur mäßige Ergebnisse erzielen.

Die Förderung von *Kohle*, die mit 74,2% (Standardkohleeinheiten 1990) den höchsten Anteil an den Energieversorgung ausmacht, blieb mit einer Produktion von 1,08 Mrd.t Rohkohle (776 Mio.t SKE) hinter dem geplanten Output von 1,11 Mrd.t für 1991 zurück. Dieses Produktionsziel soll nunmehr für 1992 erreicht werden. (NfA, 31.1.92)

Bereits im September letzten Jahres zeichnete sich aufgrund rückläufiger Produktionszuwächse ab, daß der für 1991 vorgesehene Output nicht erreicht werden konnte. Aufgrund der hohen Wachstumsrate des industriellen Outputs im letzten Jahr sanken die Lagerbestände der Kohlewirtschaft relativ schnell, so daß Engpässe in der Kohleversorgung für 1992 befürchtet wurden. (CD, 29.10.91) Zwar wurden die Investitionen in die Kohleförderung erhöht und betragen 1991 allein 1,14 Mrd.Yuan (215 Mio.US\$), doch auch mittelfristig wird nicht mit einem raschen Anstieg des Outputs gerechnet. So befürchtet denn auch Hu Fuguo, Vize-Energieminister und Präsident der National Coal Corp., daß das Produktionsziel von rd. 1,4 Mrd.t Kohle bis zum Jahre 2000 kaum realisiert werden könnte. (NfA, 31.1.92)

Die wichtigsten Probleme in der Kohleförderung sind nach wie vor die niedrige Produktivität der Minen und die nur schleppend realisierte Ausweitung der Förderkapazitäten. Für 1992 wird mit einer Erhöhung des Kohleverbrauchs von 3,3% gerechnet. Der größte Anteil von 77% fällt dabei auf die Industrie und mit 65% auf die Schwerindustrie. Der private Verbrauch umfaßt einen Anteil von ca. 17%. (NfA, 31.1.92)

Die *Rohölförderung* trägt zu einem Anteil von 19% (1990) zur Energieerzeugung bei. Im Jahre 1991 erhöhte sich der Rohöloutput lediglich um 0,9% auf 139,6 Mio.t (1990: 138,3 Mio.t; Zuwachs 0,5%). Der Hauptgrund für diese unbefriedigende Entwicklung liegt in der fortschreitenden Erschöpfung der älteren Lagerstätten in Daqing (Provinz Heilongjiang) und in Shengli (Provinz Shandong), die auch die anteilmäßig größten sind. Zwar werden in Daqing noch 55,6 Mio.t und in Shengli noch 33,5 Mio.t gefördert, doch müssen auf beiden Feldern bereits teure Sekundärverfahren eingesetzt werden, um einen allzu schnellen

Produktionsrückgang aufzuhalten. Während kurzfristig keine Veränderung der schwachen Produktionsentwicklung zu erwarten ist, hofft die chinesische Energiewirtschaft mittelfristig auf die Erschließung der Vorkommen im Nordwesten. (NfA, 13.2.92)

Bei steigendem Eigenverbrauch wurden die Erdölexporte auf 22,9 Mio.t (1990: 23,9 Mio.t) weiter gesenkt; damit verbunden war eine Reduzierung der Exporteinnahmen von 3,4 Mrd. US\$ im Jahre 1990 auf 2,9 Mrd. US\$ im letzten Jahr. Gleichzeitig importierte China mehr Rohöl, und zwar insgesamt 5,9 Mio.t zu einem Wert von 0,9 Mrd. US\$ (1990: 2,9 Mio.t zu 0,4 Mrd. US\$). (NfA, 13.2.92)

Vor dem Hintergrund des relativ niedrigen Exportvolumens fällt es China auch nicht schwer, "Solidarität" mit den OPEC-Staaten zu zeigen. So kündigte Zheng Dunxiun, Generalmanager der China National Chemicals Import and Export Corp., zuständig für den Import und Export von Rohöl, Ende Januar die weitere Senkung der Erdölexporte an. Zheng begründete diese Entscheidung wie folgt: "Chinas ist bereit, mit anderen Ländern für eine Stabilisierung der Erdölpreise auf dem Weltmarkt zu kooperieren. Dies wird deutlich durch die Reduzierung unseres Exportvolumens um 20.000 bbl täglich innerhalb der ersten sechs Monate dieses Jahres... Wir sind besorgt über den Verfall der Erdölpreise auf dem Weltmarkt und würdigen die Haltung der OPEC-Länder. Wir hoffen, daß auch andere erdölproduzierenden Länder ähnliche Schritte unternehmen, um die Weltmarktpreise auf einem vernünftigen Niveau zu halten" (zitiert nach XNA, 1.2.92).

Für das laufende Jahr soll die geplante Rohölproduktion 140,5 Mio.t betragen, ein Zuwachs von 0,6% gegenüber 1991. (NfA, 13.2.92) Insgesamt soll zur Energieerzeugung verstärkt Kohle statt Erdöl eingesetzt werden. Bis zum Jahre 2000 ist eine Reduzierung des Erdölkonsums um 10 Mio.t vorgesehen. (XNA, 15.1.92) Weiterhin besteht das Ziel, mehr höherwertige Erdölprodukte zu exportieren und weniger Rohöl. (NfA, 13.2.92)

Auch bei der Erdgasförderung, die einen Anteil von 2% (1990) an der gesamten Energieerzeugung einnimmt, konnte im letzten Jahr nur eine gerin-

ge Zuwachsrate realisiert werden. So wurden 1991 15,33 Mrd.cbm Erdgas gewonnen, 0,8% mehr als 1990. Im laufenden Jahr ist eine Steigerung auf 15,7 Mrd.cbm vorgesehen. Mit einer deutlichen Erhöhung des Outputs wird erst dann gerechnet, wenn die bereits entdeckten Lagerstätten in den nächsten Jahren zur Produktion beitragen können. Allerdings ist die Nutzung von Erdgas für den privaten Verbrauch und als Rohstoff für die chemische Industrie nach wie vor dadurch eingeschränkt, daß entsprechende Transportpipelines fehlen. (NfA, 25.2.92)

Trotz des Anstiegs der Elektrizitätserzeugung auf rund 670 Mrd. kwh wird aufgrund der wieder schnell wachsenden Industrieproduktion eine weitere Ausweitung des Outputs notwendig. Zur Verbesserung der Stromversorgung hat China bereits vor einigen Jahren mit dem Bau von Kernkraftwerken begonnen. Ende 1991 wurde das Kernkraftwerk Qinshan I im Osten der Provinz Zhejiang nach sechsjähriger Bauzeit in Betrieb genommen. Vorgesehen ist noch eine Erweiterung der Anlage um einen zweiten Komplex. Das Kraftwerk verfügt bisher über eine Kapazität von 300 Megawatt und soll die umliegende Region sowie die 120 Kilometer entfernte Stadt Shanghai mit Elektrizität versorgen.

Während das Kraftwerk Qinshan I eine technische Eigenentwicklung Chinas darstellt, ist die Anlage in Daya Bay bei Hongkong das erste im Ausland schlüsselfertig gekaufte Kernkraftwerk. Die Anlage mit einer Kapazität von 1.800 Megawatt soll in den nächsten Jahren ans Netz gehen. Als weitere Standorte für neue Kernkraftwerke werden u.a. Taishan und Yangshan in der Provinz Guangdong, die eine besonders hohe Energienachfrage hat, diskutiert. Auch andere Städte wie Nanjing und Chongqing und die Provinz Liaoning sind am Bau von Kernkraftwerken interessiert. (NfA, 2.1.92; SZ, 19.12.92; HB, 13.3.91) -schü-

\*(31)

#### Nur geringe Einkommensverbesserung für die Bauern

Die RMRB fordert in einem Artikel am 29.2.92 dazu auf, der Verbesserung der bäuerlichen Einkommen mehr Bedeutung einzuräumen. So sei nicht zu akzeptieren, daß zwar der Output ge-

stiegen sei, jedoch die Einkommen der Bauern nur wenig und in manchen Gebieten überhaupt nicht. Die sinkende Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung wirke sich nicht nur auf die Motivation der Bauern aus, sondern resultiere auch in einen schleppenden Einzelhandelsumsatz auf dem Lande.

Da das Einkommen aus dem Feldbau aufgrund der zur Nutzung zugeteilten Bodenfläche nur gering sei und die Bauern hierdurch nicht reich werden könnten, müßten sie bei der Ausweitung ihrer wirtschaftlichen Aktivitäten auf andere Bereiche weiter unterstützt werden. Damit die Bauern ihre Einkommen verbessern könnten, sei es vor allem auch wichtig, das Prinzip "mehr geben, weniger nehmen" einzuhalten. Dies bedeute, daß keine willkürliche Erhebung von Gebühren und ungerechtfertigten Abgaben praktiziert werden dürfe.

Bereits seit Jahren wird die weit verbreitete Praxis kritisiert, die Belastungen der Bauern durch willkürliche Abgaben zu vergrößern. Ende 1991 erarbeitete der Staatsrat "Bestimmungen über Gebühren und Arbeitsleistungen der Bauern", die Anfang Februar 1992 veröffentlicht wurden. (XNA, 22.12.91; SWB, 10.2.92)

Die neuen Bestimmungen sollen nach Angaben der *China Daily* die Belastung der Bauern mit Gebühren auf 5% der Einkommen, bezogen auf das vorangegangene Jahr, begrenzen. Die Bauern mußten 1990 insgesamt rund 8% ihres Netto-Einkommens für öffentliche Abgaben aufbringen; unter Einschluß von Abgaben für soziale Zwecke war dieser Anteil noch größer. Insgesamt gaben die Bauern im Durchschnitt 41,15 Yuan für öffentliche Abgaben aus; 7,88% des Einkommens aus dem Jahre 1989. Die öffentlichen Abgaben umfaßten Gebühren für Dienstleistungen wie Bewässerung, für Baumpflanzungen, für Gesundheitsdienste, finanzielle Unterstützung für einkommensschwache Bauern, für Schulen, Familienplanung, Militärtraining, Straßenbau sowie Verwaltungskosten der dörflichen Administration. (XNA, 22.12.91)

Insgesamt haben sich nach dem Bericht des chinesischen Statistikamtes die Pro-Kopf-Einkommen der Bauern unter Berücksichtigung von Preissteigerungen im letzten Jahr lediglich um

2% verbessert. Das Durchschnittseinkommen betrug Pro Kopf 710 Yuan. Bestimmte Gebiete und Provinzen haben ein überdurchschnittlich hohes Pro-Kopf-Einkommen der Bauern aufzuweisen. So konnten beispielsweise die Bauern in der Provinz Zhejiang ein Einkommen von 1.210 Yuan erwirtschaften; dies ist ein Anstieg um 8,9%. In den letzten drei Jahren erhöhten sich die durchschnittlichen Einkommen der Bauern in Zhejiang kontinuierlich. (XNA, 26.1.92)

Auch die Bauern im ländlichen Außenbezirk der Stadt Shanghai konnten ihre Einkommen beträchtlich verbessern und erreicht 1991 ein Pro-Kopf-Einkommen von 1.880 Yuan, 3,1% mehr als 1990. Die Hälfte dieser Einkommen kam aus den ländlichen Industriebetrieben. Der Anteil der Familien in dieser Region, die ein Pro-Kopf-Einkommen von mindestens 2.000 Yuan im Jahr aufweisen betrug 30%; lediglich 0,7% der Haushalte wiesen ein Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 500 Yuan auf. (XNA, 31.1.92)

Obwohl bei der Reduzierung der ländlichen Armut bereits erhebliche Fortschritte gemacht wurden, leben nach offiziellen chinesischen Angaben noch 35 Mio. Bauern in Armut bzw. mit einem als Armutsgrenze gesetzten Pro-Kopf-Einkommen von unter 200 Yuan jährlich. Im Jahre 1985 betrug der Anteil der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze noch 102 Mio. Bauern.

Um die Armut weiter zu reduzieren, ist für die Periode des 8. Fünfjahresplanes eine Unterstützung von 500 Mio. Yuan an Krediten vorgesehen. Außerdem wurde eine Kampagne gegen die ländliche Armut ins Leben gerufen, in der 30 Regierungsorganisationen und Großunternehmen einzelne Kreise oder Prefekturen zugeordnet erhalten, die sie direkt unterstützen können. (XNA, 9.2.92) -schü-

\*(32)

#### Erhöhung der staatlichen Getreideankaufpreise

Einem Beschluß des Staatsrats zufolge werden die staatlichen Ankaufpreise für Mais und Reis ab der kommenden Erntesaison erhöht. Damit soll ein Anreiz für die Bauern gesetzt werden, ihre Getreideproduktion auszuweiten.

Der staatliche Ankaufspreis für Mais wird pro 50 Kilogramm um 3 Yuan erhöht, während der Preis für Reis entsprechend unterschiedlichen Qualitätsgraden zwischen 3-5 Yuan pro 50 Kilogramm steigen soll.

Im letzten Oktober hob der Staatsrat bereits den Ankaufspreis für Weizen um durchschnittlich 0,12 Yuan pro Kilogramm und 6 Yuan pro 50 Kilogramm an. Diese Erhöhung der Ankaufpreise wird ab April dieses Jahres gelten.

Die Anhebung der staatlichen Ankaufpreise wird als Voraussetzung für die Steigerung der Getreideproduktion und damit die Versorgung der jährlich um 15 Mio. Menschen zunehmende Bevölkerung angesehen. (CD, 17.2.92) -schü-

\*(33)

#### "Den Kapitalismus nutzen"

Am 24.2.92 erschien in der RMRB ein Artikel unter der Überschrift "Außen(wirtschaftliche) Öffnung und Nutzung des Kapitalismus". Nach Informationen ausländischer Beobachter soll der Autor, Fang Sheng, diesen Artikel bereits vor länger Zeit geschrieben haben. Der nunmehr erfolgte Abdruck dieses Artikels kann als Versuch gewertet werden, mit Blick zur binnenwirtschaftlichen Entwicklung eine neue Phase in der Wirtschaftsreform zu initiieren. Dies wird von den Befürwortern schnellerer Reformfortschritte als unumgänglich angesehen und soll auch auf dem im Herbst dieses Jahres stattfindenden Parteikongreß festgeschrieben werden. Im folgenden die wichtigsten Auszüge aus diesem Artikel:

Nur durch die richtige Nutzung des Kapitalismus und nicht durch seine völlige Ablehnung könnten nach Fang Sheng ökonomisch unterentwickelte Länder mit einer langen feudalistischen Tradition sich wirtschaftlich entfalten. Für den Aufbau Chinas seien folgende 'nützliche Dinge' aus dem Kapitalismus es wert, übernommen zu werden: Außenhandel, ausländisches Kapital, moderne Technologien, Erfahrungen im wissenschaftlichen Management, ausländische Experten, Modelle und Methoden der derzeitigen bürgerlichen Wirtschaftstheorien, die nützlich für China sind, die Übernahme bestimmter wirtschaftspolitischer Maßnahmen und Wirtschaftsge...

Die Nutzung des Kapitalismus bedeute jedoch auch, die Privatwirtschaft in China als Ergänzung der sozialistischen Wirtschaft angemessen zu entwickeln. Im Anfangsstadium des Sozialismus in China sei der Kapitalismus nicht gänzlich auszuschalten, und auch Ausbeutung würde noch lange Zeit weiter bestehen...

Die Frage der Nutzung des Kapitalismus sei nach Fang Sheng einem Prozeß der Erkenntnis unterlegen gewesen. Erst nach der 3. Plenartagung des 11. ZK [1978] sei die außenwirtschaftliche Öffnung mit Nutzung in- und ausländischer Ressourcen als zentrale Richtlinie beschlossen worden... Allerdings sei eine offene Wirtschaft nicht mit einer kapitalistischen Wirtschaft gleichzusetzen, dies würden manche westliche Wirtschaftswissenschaftlern fälschlicherweise verwechseln...

Fang Sheng nach sollten jedoch einige Fragen bei der Nutzung des Kapitalismus durch China gestellt werden.

Hierzu zählt Fang Sheng zunächst, ob es etwas Übernehmenswertes aus der Wirtschaftspolitik und Gesetzgebung kapitalistischer Länder gebe... Der Autor kommt zu dem Ergebnis, daß die Wirtschaftspolitik und Gesetzgebung gewissenhaft studiert und dann übernommen werden sollte, wenn sie den Bedingungen Chinas entspräche.

Auch aus der modernen bürgerlichen Wirtschaftstheorie könnten bestimmte analytische Methoden genutzt werden zum Wirtschaftsmanagement, zur Verbesserung der Wirtschaftseffizienz, zur quantitativen Analyse und zur Untersuchung technischer und wirtschaftlicher Probleme. Auch die Konzepte der Mikro- und Makroökonomie könnten [zumindest eingeschränkt] eingesetzt werden...

Zu den 'kapitalistischen Methoden', die China bei gleichzeitiger Bewahrung der Überlegenheit des Sozialismus im Verlauf der Reform der Wirtschaftsstruktur übernehmen könne, zählt Fang Sheng: Vertragssystem, Verpachtung, Ausschreibung, Fusionen, Aktienemission, etc... Diese Methoden würden als 'kapitalistisch' bezeichnet, weil sie zur Entwicklung der Warenwirtschaft, die in der Vergangenheit mit dem Kapitalismus gleichgesetzt wurde, benutzt worden seien. Bereits vor der Entwicklung der Sozialismus

hätten die kapitalistischen Ländern diese Methoden angewandt, so daß der Eindruck entstanden sei, daß diese Methoden besondere Merkmale des Kapitalismus seien. Diese nun alle als kapitalistisch zu bezeichnen und zu verwerfen, sei wenig fruchtbar... -schü-

VR China Taipei gestattet, eine Vertretung mit der Bezeichnung "Büro für Handel und konsularische Angelegenheiten der Republik China" in La Paz zu eröffnen, die auch den gleichen diplomatischen Status wie Vertretungen internationaler Organisationen in dem Land genießen kann. (Siehe dazu C.a. Oktober 1990, Ü 42, S.782)

ein Weißbuch über die nationalen Streitkräfte und Strategie veröffentlicht. (LHB u. CP, 18.2.92; ZYRB, 19.2.92; ZZ, 7.2.92) Das Dokument mit dem offiziellen Titel "Bericht über die staatliche Verteidigung" umfaßt fünf Teile (militärische Lage, Verteidigungsstrategie, Verteidigungsressourcen, Verteidigungszustand und Strategie, Bürger und Verteidigung) mit insgesamt rd. 120.000 chinesischen Schriftzeichen.

## Taiwan

\*(34)

### Beziehungen zu Lettland auf Generalkonsulebene angehoben

Zwischen Taipei und Riga wurden Ende Januar offizielle Beziehungen auf Generalkonsulebene aufgenommen. Wie berichtet (C.a. Dez. 1991, Ü 34, S.760 f.), hatten beide Seiten bereits am 18. Dezember 1991 beim Besuch des lettischen Außenministers Janis Jurkans in Taiwan offiziell Handelsbeziehungen aufgenommen. Damit wurde das ursprünglich inoffizielle Handelsbüro von Taiwan in Riga zur "Mission der Republik China" umbenannt und erhielt auch vollen diplomatischen Status. Am 29. Januar haben beide Seiten beim Besuch von Taiwans Vizeaußenminister Zhang Xiaoyan (John Chang) in Riga vereinbart, die Beziehungen weiter auf Generalkonsulebene anzuheben. (LHB, 30.1. u. 1.2.92; ZYRB, 2.2.92; CP, 1.2.92; FCJ, 31.1. u. 11.2.92)

Lettland hatte wie die beiden anderen baltischen Staaten Estland und Litauen im September 1991 diplomatische Beziehungen zur VR China aufgenommen. Beijing beansprucht nach wie vor die Alleinvertretung für Gesamtchina einschließlich Taiwan, während die Regierung Taipei seit 1989 unter dem Motto "tanxing-waijiao" (flexible Diplomatie) oder "wushi-waijiao" (praktische Diplomatie) bereit ist, auch die Anerkennung von zwei chinesischen Regierungen zu akzeptieren. So brach Beijing in den vergangenen drei Jahren seine diplomatischen Beziehungen zu sieben Staaten ab (1989: Grenada, Liberia und Belize, 1990: Lesotho, Guinea-Bissau und Nicaragua, 1991: Zentralafrikanische Republik), nachdem diese diplomatische Beziehungen zu Taipei aufgenommen hatten. Am 30. Oktober 1990 hat Bolivien trotz seiner diplomatischen Beziehungen mit der

Im Fall Lettland hat Beijing zunächst zur Errichtung der "Mission der Republik China" in Riga keine öffentliche Stellung genommen. Erst am 31. Januar erhob das Außenministerium in Beijing einen scharfen Protest gegen Riga, nachdem diese mit Taipei die Anhebung ihrer Beziehungen auf Generalkonsulebene vereinbart hatte. Der Sprecher des Außenministeriums wiederholte in einer Erklärung nachdrücklich den Standpunkt Beijings, die "Zwei-China-Politik", die Politik von "einem China, einem Taiwan", von "einem (chinesischen) Staat, zwei Regierungen" oder "Doppelanerkennung" abzulehnen.

Angeblich wollte Beijing am 5. Februar seine Botschaft in Riga eröffnen, aber Taipei war der Aktion Beijings zuvorgekommen. Am 4. Februar war der Generalkonsul der Taipeier Regierung, Zhang Guixiang, der ursprünglich stellvertretender Leiter der halbamtlichen Vertretung Taiwans in Saudi-Arabien war, noch vor der offiziellen Ernennung zu seinem neuen Amt von Riad zur Gründung des Generalkonsulats nach Riga geflogen. (LHB, 11.2.92) Angesichts dieser Tatsache erklärte das Außenministerium in Beijing, seine Botschaft in Riga "vorläufig zurückzuziehen", die wahrscheinlich überhaupt noch nicht gegründet war. Vom Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Lettland war allerdings nicht die Rede. Damit hofft Beijing offenbar darauf, daß Lettland eines Tages seine Taiwan-Politik ändern werde. (LHB, 26.2.92) Im Falle eines Abbruchs der diplomatischen Beziehungen Beijings zu Riga ist die Aufnahme völdiplomatischer Beziehungen zwischen Taipei und Riga zu erwarten. Zwischen 1950 und 1971 hatte Großbritannien trotz seiner diplomatischen Beziehungen mit Beijing ein Generalkonsulat in Taiwan unterhalten. -ni-

\*(35)

### Erstes Weißbuch über nationale Verteidigung veröffentlicht

Das Verteidigungsministerium in Taipei hat am 17. Februar zum erstenmal in der Geschichte der Republik China

Dem Bericht zufolge verfügt Taiwan z.Z. über eine rd. 448.000 Mann starke Armee, davon entfallen 312.000 auf das Heer, jeweils 68.000 auf die Marine und die Luftwaffe. In den letzten zehn Jahren ist der Anteil der Verteidigungsausgaben am staatlichen Gesamtbudget von 57,15% auf 27,74% und am Brutto sozialprodukt (BSP) von 9,1% auf 5,39% gefallen. Im laufenden Finanzjahr (Juli 1991-Juni 1992) beträgt der Verteidigungsetat insgesamt über 272,19 Mrd.NT\$ (z.Z. rd. 25 NT\$ = 1 US\$), davon entfallen 107,59 Mrd.NT\$ auf militärische Investitionen, 54,4 Mrd.NT\$ auf laufende Ausgaben und 100,2 Mrd.NT\$ auf Personalkosten.

Im Bericht gilt Beijing nach wie vor als der "imaginäre Feind" Nummer eins. Es gebe, so heißt es, sieben Anlässe zum Überfall der chinesischen Kommunisten auf Taiwan:

- Erklärung der Unabhängigkeit Taiwans von China,
- Unruhen innerhalb Taiwans,
- Abschwächung der Kampfstärke der Streitkräfte Taiwans,
- Einmischung ausländischer Mächte in die inneren Angelegenheiten von Taiwan,
- Entwicklung nuklearer Waffen in Taiwan,
- Taiwans andauernde Ablehnung von Verhandlungen über die chinesische Vereinigung und
- Gefährdung des chinesischen kommunistischen Regimes durch Taiwans Politik, das sozialistische System auf dem chinesischen Festland "friedlich" umzuwandeln.

Die militärischen Maßnahmen Beijings gegen Taiwan würden solche Aktionen einschließen wie

- Eroberung der vor der Küste der Provinz Fujian liegenden und immer noch von der nationalchinesischen Regierung kontrollierten Inseln Jinmen (Kinmen, Quemoy) und Matsu (Matsu) durch Überraschungsangriffe,